

STEPHAN GRIGAT

Vom Postfaschismus zum demokratischen Faschismus



Stephan Grigat – Jg. 1971; Mag. Phil., promoviert zur Zeit an der Freien Universität Berlin und ist Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Postfaschistische Normalität in Österreich und der Siegeszug der FPÖ« (Heft 121/122; November/Dezember 2000).

Vor dem Hintergrund des Erfolges der FPÖ in Österreich, zunehmender antisemitischer und rassistischer Anschläge sowie einer in der BRD durch die ›rot-grüne‹ Bundesregierung forcierten, auf einen selbstbestimmten Autoritarismus zielenden Kampagnenpolitik fand am 27. und 28. April 2001 in Wien in Räumlichkeiten der Technischen Universität der Kongreß *Vom Postfaschismus zum demokratischen Faschismus* statt. Organisiert wurde die Veranstaltung vom *Kritischen Kreis*, einem seit 1996 existierenden unabhängigen Diskussionszirkel, der sich an der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie und an der Kritischen Theorie orientiert und in der BRD mit verschiedenen Gruppierungen und Zeitschriftenprojekten wie der Freiburger Initiative *Sozialistisches Forum*, der Nürnberger *Krisis* und der Berliner *Bahamas* partiell zusammenarbeitet. Unterstützung wurde den Organisatoren von Wiener Uni-Gruppen sowie der Hamburger Monatszeitschrift *konkret* und der in Bremen erscheinenden Publikation des Bundeskongresses entwicklungspolitischer und internationalistischer Aktionsgruppen *alaska* zuteil.

Die Veranstaltungen des ersten Kongreßtages besuchten rund 200 Personen, von denen etwa 50 aus der BRD angereist waren. Am zweiten Tag kamen etwa 100 Besucher und Besucherinnen, was für Wiener Verhältnisse durchaus beachtlich ist.

Während in der Protestbewegung gegen die ›blau-schwarze‹ Bundesregierung in Österreich manche *Haider* als Antidemokraten bekämpfen und ihm mitunter auch Rassismus und Antisemitismus vorwerfen, aber beharrlich über Staat und Kapital schweigen, wissen andere zwar etwas über Kapital und Staat zu sagen, schweigen dafür aber umso beharrlicher über Österreich und die deutsch-österreichische Volksgemeinschaft. Den Veranstaltern des Kongresses ging es darum, Kapital und Staat als Voraussetzungen jeder Ausgrenzung und Diskriminierung zu kritisieren, aber eben auch die Spezifik der österreichischen und deutschen Täter- und Täterinnengemeinschaft ins Visier zu nehmen.

Der Kongreß begann mit einem Beitrag von *Johannes Agnoli*, emeritierter Professor für Politikwissenschaft, über Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und italienischem Faschismus sowie über mögliche zukünftige Entwicklungen der politischen Form. Den Nationalsozialismus sieht *Agnoli* partiell außerhalb der kapitalistischen Logik, während der italienische Faschismus dieser Logik stets verpflichtet geblieben sei. Er habe anders als der Nationalsozialismus keine Ideologie der Volksgemeinschaft gekannt, sondern eine

Ideologie der Neutralisierung der Klassenverhältnisse, in der Klassengegensätze nicht gezeugnet werden. Während in Deutschland die Gewerkschaften verboten wurden, bestanden sie in Italien in modifizierter Form fort, wodurch die Klassengegensätze institutionalisiert werden konnten. In der Gegenwart sieht *Agnoli* ein Ende des Binnenmarktes und bedingt dadurch ein allmähliches Ende des Nationalstaates gekommen – eine Einschätzung, die in der anschließenden Diskussion auf vehementen Widerspruch stieß. Der Staat garantiere grundsätzlich die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen des Kapitals. Darauf sei auch der heutige internationalisierte Kapitalismus angewiesen. Die Weltmarktgesellschaft werde nicht zu einem neuen Faschismus führen. Die bisher bekannten Demokratien, die *Agnoli* als »konstitutionelle Oligarchien« charakterisierte, werden zwar formell fortbestehen, aber auf Weltmarktebene werde sich vermutlich eine härtere politische Form mit Strukturelementen des Faschismus herauskristallisieren.

Ulrich Enderwitz aus Berlin skizzierte ausgehend von einer allgemeinen Bestimmung des Verhältnisses von Gebrauchs- und Tauschwert in der kapitalistischen Gesellschaft die Transformationen, die der Staat vom 16. bis ins 20. Jahrhundert hinein bezüglich seiner Funktion als Organisator des Konsums durchgemacht hat. Der nationalsozialistische Staat habe sich als Großkonsument hoffnungslos verschuldet und sich allein schon dadurch selbst in den Krieg getrieben. Der politisch-funktionale Faschismus sei das Präludium für den ökonomisch-strukturellen Faschismus nach 1945 gewesen. Der Postfaschismus ist nach *Enderwitz* durch drei Strategien geprägt, die der Nationalsozialismus zur Krisenbewältigung entwickelt hat: die Vereinigung von Kapital und Arbeit, die Konstruktion öffentlicher Feinde und die Inszenierung von Großveranstaltungen.

Uli Krug und *Clemens Nachtmann* von der Berliner Zeitschrift *Bahamas* kritisierten die Verwendung des Begriffes »demokratischer Faschismus« als Entgegensetzung zum Postfaschismus und versuchten, die Kontinuität der »faschistischen Epoche« von *Hitler* bis *Haiders* herauszuarbeiten. *Krug* betonte, daß ein faschistischer Anti-Etatismus wie der neoliberale Faschismus *Haiders* heute keiner faschistischen Partei im klassischen Sinne bedürfe. Als Basis eines erneuerten Bündnisses zwischen Mob und Elite ortete er eine »negative Integration«, einen gemeinsamen Willen zum Unglück. Der Postfaschismus wird von *Krug* als gesellschaftlich internalisierter und habitualisierter Faschismus begriffen. In seiner gegenwärtigen schlanken Gestalt sei der zu verteilende Kuchen im Vergleich zum korporatistischen Postfaschismus geschrumpft, während das Maß der Internalisierung des Faschismus im je einzelnen gewachsen sei. Mit Bezug auf *Horkheimers* Text *Die Juden und Europa*, in dem der Wandel des Kapitalismus von Liberalismus in Faschismus und damit die Übersetzung des planlos-anonymen Marktgeschehens in unmittelbare Herrschaft treffend charakterisiert werde, beschrieb *Krug* die aktuellen Entwicklungen als Wiederholung: Herrschaft solle wieder unmittelbar werden, diesmal allerdings individueller und flexibler ausgestaltet.

Nachtmann verwies darauf, daß sich der Faschismus auf der Grundlage der modernen bürgerlichen Gesellschaft bewegt habe, als

deren Resultat der Volksstaat, die Einbeziehung der Massen in die Politik anzusehen sei. Den Nazis sei bewußt gewesen, daß Krisenlösungsstrategien nicht mehr am Volk vorbei funktionieren können und hätten daher die Bedingungen der Massendemokratie zum Volksgemeinschaftsstaat radikalisiert. Im faschistischen Volksgemeinschaftsstaat komme die Demokratie zu sich selbst. Das Subjekt der Demokratie, das Volk, radikalisiere sich zur Selbstmordsekte, die vor dem Suizid den anderen die Hölle auf Erden bereitet. Die freie Entscheidung zur Unfreiheit – Quintessenz der Demokratie – werde zum allgemeinen Prinzip erhoben. Im Postfaschismus gäbe es nicht nur eine personelle, sondern auch eine institutionelle Kontinuität zum Nationalsozialismus. Die Barbarei sei nicht beendet, sondern nur suspendiert worden. Die Rede vom Postfaschismus sei aber ihres kritischen Gehalts zusehends beraubt, da der postfaschistische Staat einerseits in Auflösung begriffen sei, während zugleich am Ende der faschistischen Epoche bestimmte Züge dieser Epoche wieder aktuell würden. Im *Augenblick der Schrumpfung des Sozialstaats sollen nach Nachtmann* die Subalternen an ihrer Ohnmacht aktiv mitwirken dürfen. Anders als früher fordern heute alle Fraktionen des Staatsapparats direkt-demokratisches Engagement ihrer Bürger. Es komme zu einer demokratischen Barbarei einleitenden Dauermobilisierung mit immer neuen Feindbildprojektionen, deren Auswahl von staatlicher Seite zunehmend beliebig erfolge.

Heribert Schiedel, Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands in Wien, charakterisierte den österreichischen Normalzustand als einen durch Antisemitismus, Rassismus und Autoritarismus geprägten. Der »Österreicher« – verstanden als Idealtypus – sei das positive Vexierbild seiner Projektionen. Die stereotype Beschaffenheit der Projektionsfläche »Jude« begründe die Identität des »Österreichers«. Im Projektions- und Abgrenzungsvorgang bilde sich eine völkische Gemeinschaft, die im Unterschied zur bürgerlichen Gesellschaft jedes rationalen Gründungsmomentes entbehre und statt dessen als natürlich gewachsen erscheint. Soziale Konflikte würden in Österreich nicht als Interessenkonflikte wahrgenommen, sondern als Versuche von Fremden, die Gemeinschaft zu zersetzen. Um das Spezifische am von *Schiedel* so bezeichneten »österreichischen Syndrom« herauszuarbeiten, hob er die besondere Form der ideologischen Vergesellschaftung in Österreich hervor. Unter Bezugnahme auf Kategorien aus der Sozialpsychologie betonte *Schiedel*, daß bei der Konstruktion der österreichischen Nation als Opfergemeinschaft die pathologische Gruppenbildung auf Verdrängung und Leugnung basiere. Diese abwehrende Reaktionsweise ziehe jenen kollektiven Zwang zur Realitätsflucht und Stereotypenbildung nach sich, der die Österreicher charakterisiere.

Simone Dinah Hartmann aus Wien kritisierte den Demokratieidealismus der österreichischen Protestbewegung gegen die FPÖ-ÖVP-Koalition, der den offensichtlichen Zusammenhang zwischen rassistischer Ausgrenzung und demokratischer Verwaltung verschleierte. Die sich als Zivilgesellschaft Verstehenden und die volkstreuere Linke würden auf einen anschußfähigen Protest setzen, der versucht, den von *Gerhard Schröder* proklamierten »Aufstand der Anständigen« ins Österreichische zu übersetzen. Die Forderung nach vorzeitigen

Neuwahlen entspräche dem Wunsch nach einer ›rot-grünen‹ Regierung, deren Staatsrassismus man in der BRD besichtigen könne. Rassismus und Antisemitismus seien in der Protestbewegung nicht nur unzureichend thematisiert, sondern zum Teil selbst praktiziert worden.

Einige der Kongreßbeiträge sind in der Nummer 2/2001 der vom Kritischen Kreis herausgegebenen Zeitschrift »Streifzüge« (Kritischer Kreis, Margarethenstr. 71 – 73/23, A – 1050 Wien, streifzuege@aon.at) publiziert. Der Freiburger Va ira-Verlag bereitet einen Sammelband mit dem Titel *Transformation des Postfaschismus* vor, in dem alle Referate in überarbeiteter Form gemeinsam mit weiteren Texten zum Thema veröffentlicht werden sollen.

**Die ökonomische
Abwicklung des Ostens
war erfolgreich,
die intellektuelle Abwicklung
war es nicht:**

Das Blättchen
Zeiwochenschrift für
Politik, Kunst, Wirtschaft

Kostenloses Probeheft beim
Verlag des Blättchens Jörn Schütrumpf, Schönhauser Allee 84
10439 Berlin · Telefon: 030 / 4 47 60 65 · Fax: 030 / 44 73 06 83
e-mail: Das.Blaettchen@t-online.de
internet: www.DasBlaettchen.de